

## PRESSE Information

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nachfolgend bieten wir Ihnen eine Meldung an.  
**Julia Klöckner (CDU), Partei- und Fraktionsvorsitzende Rheinland-Pfalz**, gab heute, 10.02.12, dem Südwestrundfunk ein Interview zum Thema „**Debatte und Scharia-Gerichte und Integrationspolitik**“. Das „SWR2 Tagesgespräch“ führte Rudolf Geissler.

Mit freundlichen Grüßen  
Zentrale Information

**SÜDWESTRUNDFUNK**  
Anstalt des öffentlichen Rechts  
Radio · Fernsehen · Internet

Chefredaktion Hörfunk  
Zentrale Information  
**SWR Tagesgespräch**  
**Postadresse** 76522 Baden-Baden  
**Hausadresse** Hans-Bredow-Straße  
76530 Baden-Baden

**Telefon** 07221/929-23981  
**Telefax** 07221/929-22050

**Internet** [www.swr2.de](http://www.swr2.de)

**Datum:** 10.02.2012

### **CDU-Landeschefin Klöckner : Islamischen Rechtsvorstellungen in Schiedsgerichten wären „Bärendienst“ an der Integration**

Baden-Baden: Die rheinland-pfälzische CDU-Vorsitzende Julia Klöckner hat auch nach der Klarstellung von Justizminister Hartloff (SPD) Zweifel an seinen Plänen für zivile Schiedsgerichte. Hartloff hatte gestern betont, er plädiere nicht für eine Paralleljustiz in Form von sogenannten Scharia-Gerichten. Er gebe nur zu überlegen, ob nicht islamische Rechtsvorstellungen in die Entscheidungen ziviler Schiedsgerichte einfließen könnten. Dazu sagte Klöckner im Südwestrundfunk (SWR), Hartloffs Worte seien „das eine“. Es bleibe die Sorge, dass in der Landesregierung „kulturelle Hintergründe allzu tolerant betrachtet“ würden. Tatsache sei, dass beispielsweise die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Ahnen (SPD) muslimischen Vätern freistellen wolle, ob sie ihre Töchter „in Schwimm-Burkas zum Schwimmunterricht“ schicken. Überlegungen dieser Art erwiesen der Integration einen „Bärendienst.“ Problematisch seien auch Vorschläge, muslimische Geistliche als außergerichtliche Streitschlichter in Familien- oder Erbschaftsfragen zuzulassen, sagte Klöckner. Da der Islam die Rolle der Frau ganz anders betrachte als der deutsche Rechtsstaat, sei in solchen Fällen offen, ob Frauen den Schiedsspruch des Schlichters aus freien Stücken akzeptieren würden oder aber auf Druck ihrer Familien.

#### **Wortlaut des Live-Gesprächs:**

**Geissler: Der Mainzer Justizminister, der Sozialdemokrat Hartloff hat gestern im Rechtsausschuss des Landtags versucht, die Wogen zu glätten, die er letzte Woche in Wallung gebracht hat. Parteiübergreifend gab es damals Widerspruch gegen seine Bemerkung, er könne sich bei Streitigkeiten wie etwa um Schulden oder Erbschaften durchaus Schiedsgerichte vorstellen, die diesen Zivilrechtlichen Streit zu schlichten versuchen auf der Grundlage der Scharia, der islamischen Rechtsordnung also. Auch Sie hatten gegen diesen Vorschlag protestiert. Wie zufrieden sind Sie mit der Klarstellung, die Herr Hartloff gegeben hat?**

Klöckner: Die Worte sind das eine, und das andere ist natürlich das, was er dann wirklich verfolgt. Auffällig ist in Rheinland-Pfalz, dass sogar die Bildungsministerin ein Empfehlungsschreiben an die Schulen gegeben hat, dass muslimische Mädchen, wenn ihre

Väter es so wollen, in Schwimmburkas zum Schwimmunterricht gehen sollen. Wenn ich das zusammensehe noch mit dem Vorstoß von Herrn Hartloff, dann wird mir etwas bang darum, dass man kulturelle Hintergründe allzu tolerant betrachtet, aber dann vor allen Dingen gerade den Frauen in den Rücken fällt, denn Frauen sind in unserer Gesellschaft wirklich dermaßen gestärkt im Gegensatz zu islamisch geprägten, und deshalb kämpfe ich für die Frauen auch der kommenden Generation.

**Geissler: Nun muss man natürlich sagen, dass Herr Hartloff auch gesagt hat, diesen Vorschlag, den er gemacht hat, der solle sich im Rahmen des Rechtsstaates natürlich und des Grundgesetzes bewegen. Insofern hat er diese Frage vielleicht schon mit beantwortet. Schiedsgerichte sind ja nun gang und gäbe, was wäre dagegen einzuwenden, wenn, falls gewünscht, ein muslimischer Geistlicher der Schlichter ist, vorausgesetzt, dass beide Streitparteien dem genügend Zutrauen entgegen bringen?**

Klößner: Die Frage ist doch, wer ruft denn einen solchen Schiedsrichter an? Ich gehe es noch mal an von der Sichtweise der Frauen, wenn es um Familienstreitigkeiten zum Beispiel geht. Im Islam sind Frauen meist zugeordnet einem Mann, als Tochter eines Vaters, als Schwester eines Bruders oder als Ehefrau eines Mannes. Was ist, wenn die Frau diesen Schiedsspruch als solchen gar nicht akzeptieren kann oder sogar unter Druck gesetzt wird. Ich halte es für sehr problematisch, hier das Wort zu reden. Herr Hartloff spricht davon, er will ja nur die moderne Scharia haben. Wir schauen nach Großbritannien. Da hat man diese Schiedsgerichte eingeführt und hat unterm Strich mehr Stress und mehr Uneinigkeit als Integration. Und das ist meiner Meinung nach ein Bärendienst für die Integration.

**Geissler: Nur, die Wochenzeitung „Zeit“ weist in der neuen Ausgabe darauf hin, dass das ja gar nicht so neu wäre, wenn in Deutschland islamisch geprägtes Recht zum Zuge kommt, im Familienrecht sei das seit vielen Jahren Alltag, wenn zum Beispiel ein Ehepaar in Deutschland geschieden werden will, das nach syrischen oder iranischen Gesetzen getraut wurde, dann erkennen die deutschen Behörden das auch an. Warum ist so viel Emotionalität in dieser Debatte der letzten Tage?**

Klößner: Emotionalität ist deshalb angebracht, weil meiner Meinung nach Scharia und Rechtsstaat sich widersprechen. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist in unserem Staat anders betrachtet als es zum Beispiel im islamischen Recht der Fall ist. Letztlich verträgt es sich nicht, wenn wir Scharia, die auch bekannt ist für barbarische menschenverachtende Urteile hier Einzug halten lassen, ohne zu wissen, wer überprüft, ob es die moderne Anwendung oder eine eher konservative Anwendung erfährt.

**Geissler: Sie kennen den apodiktischen Satz: „Der Islam gehört zu Deutschland“. Der stammt vom Bundespräsidenten. War das denn differenziert genug?**

Klößner: Ich habe damals dagegen protestiert, dass der Islam als solcher zu Deutschland gehört. Er ist innerhalb der Bevölkerung Teil geworden, wie der jüdische Glaube, der christliche Glaube, ein Teil ist der islamische Glaube geworden, aber er ist nicht die Grundlage, und er ist auch nicht die Wurzel unseres Staats- und Rechtsverständnisses.

**Geissler: Man muss also offensichtlich mehr differenzieren, mehr Wegweisungen geben, wenn ich sie richtig verstehe. Wer kann denn diese überparteilichen Wegweisungen in Zukunft geben, was diese Form der Integration angeht, wo ja doch die Autorität des Bundespräsidenten inzwischen beeinträchtigt ist, von den Vorwürfen gegen ihn selbst.**

Klößner: Es gibt viele Menschen, die wegweisende, auch parteiübergreifende, ja zumindest Impulse geben können. Übrigens macht das der Bundestagspräsident, es macht die Kanzlerin in der europäischen Frage, es macht aber auch Bundespräsident Wulff, und wir müssen unterscheiden das, was in der Vergangenheit war, und wie er seine Aufgabe als Bundespräsident ausfüllt. Er wurde ja auch sehr gelobt für seine Integrationsdebatten und Reden.

**Geissler: Sie haben eben offen gelassen, wie es um die Autorität des Bundespräsidenten heute steht. Lassen Sie mich in diese Richtung noch abschließend fragen, weil es ja ein großes Thema dieser Tage ist: Warum sagen Ihre Parteispitzen eigentlich nicht klipp und klar, dass sie dem Bundespräsidenten glauben?**

Klößner: Ich kann nicht in die Köpfe und in Fakten anderer rein schauen. Und es gilt so lange die Unschuldsvermutung, bis sie widerlegt worden ist.

**Geissler: War das glaubwürdig für Sie, was die Anwälte von Herrn Wulff sagen, dass er sich hat den Aufenthalt vorfinanzieren lassen und dann in bar beglichen hat?**

Klößner: Ich habe nicht mit den Anwälten gesprochen. Ich selbst habe so etwas persönlich nicht erlebt, deshalb mag ich auch nicht den Stab über andere brechen. Das haben andere zu beurteilen.

**Geissler: Ihr Kollege Kubicki von der FDP hat gestern im Tagesgespräch gesagt, er hält diese Version für lebensfremd. Sie auch?**

Klößner: Ich persönlich bin eher selten auf Sylt und bekomme auch nicht angeboten, den Hotelaufenthalt bezahlt zu bekommen, übrigens auch nicht, wie der Ministerpräsident Beck in Rheinland-Pfalz, der sich hat einen Privatjet mieten lassen für 4000 Euro. Also das ist mir bisher auch noch nicht untergekommen. Vielleicht gibt es da auch einen Unterschied zwischen Männern und Frauen in der Politik.

**Geissler: Und Herr Beck will nicht Bundespräsident werden.**

Klößner: Naja, das unterstellen Sie.

- Ende Wortlaut -